



Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg

(vormals „Initiativgruppe 40 Jahre Radikalenerlass Baden-Württemberg“)

Christina Lipps (Sprecherin) - Pariser Ring 39 - 76532 Baden-Baden

c.lipps@posteo.de

07221/62224

Frau Landtagspräsidentin
Muhterem Aras

Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 3

70173 Stuttgart

PER EINSCHREIBEN

Baden-Baden, den 6. Dezember 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

seit 2012 bemühen wir, die „**Initiativgruppe gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg**“, uns darum, dass ein an vielen, damals meist jungen Menschen begangenes Unrecht aufgearbeitet wird.

Es handelt sich um die Betroffenen des Radikalenerlasses von 1972. In seinem Gefolge wurde in Baden-Württemberg am 2. Oktober 1973 der Schiess-Erlass in Kraft gesetzt – so benannt nach dem damaligen Innenminister Karl Schiess -, der die Vorgaben des Radikalenerlasses noch verschärfte.

Auf unseren Druck hin hat die Landesregierung 2019 eine wissenschaftliche Aufarbeitung der damaligen Ereignisse in Auftrag gegeben, die seit Mai 2022 vorliegt. Es handelt sich um das 684 Seiten starke Werk „Verfassungsfeinde im Land? Der »Radikalenerlass« von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik“ - herausgegeben im Wallstein-Verlag von Edgar Wolfrum (Universität Heidelberg).

In diesem sorgfältig recherchierten Werk wird unsere These uneingeschränkt bestätigt und belegt: Es ist im Rahmen des Radikalen- bzw. des Schiess-Erlasses generelles Unrecht geschehen!

Unverständlicherweise hat sich die Landesregierung jedoch seither nicht mit dem Thema beschäftigt und auf unsere entsprechenden Anfragen nicht reagiert. Auch ein persönliches Gespräch, zu dem Ministerpräsident Kretschmann 19 unserer Betroffenen am 8. Februar 2023 im Staatsministerium empfangen hat, führte zu keinerlei Aktivität der Landesregierung - wenig überraschend, denn Ministerpräsident Kretschmann hatte bei dem Gespräch deutlich gemacht, dass er von seiner Linie der Nichtbefassung nicht abzuweichen gedenkt.

Mittlerweile haben sich Gemeinderäte in Städten, in denen es besonders viele Betroffene gegeben hat, mit dem Thema Berufsverbote befasst. Vier (**Heidelberg, Konstanz, Tübingen** und **Mannheim**) haben von März bis Oktober dieses Jahres Beschlüsse gefasst, in denen Regierung und Landtag aufgefordert werden, den Forderungen der Betroffenen nach Aufarbeitung, Entschuldigung und Rehabilitation nachzukommen sowie einen Entschädigungsfonds einzurichten. Auch in **Freiburg** hat sich der Gemeinderat am 28.11.2023 dem in einer Vorabstimmung bereits angeschlossen, der endgültige Beschluss soll am 30.1.2024 in einer Verwaltungsvorlage erfolgen. In weiteren Gemeinderäten (**Stuttgart, Karlsruhe** und **Heilbronn**) finden derzeit Beratungen statt, ob ebenfalls entsprechende Anträge eingebracht werden.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

wir wenden uns an Sie in der Hoffnung, Sie für unser Anliegen gewinnen zu können. Seit nahezu zwölf Jahren kämpfen wir nun schon – mit breiter Unterstützung auch der Gewerkschaften – um unser Recht. Dabei geht es uns nicht nur um die Begleichung alten Unrechts, sondern auch um die Wiederherstellung demokratischer, vom Grundgesetz voll inhaltlich getragener Positionen - auch im Hinblick auf die Zukunft!

Und wir wünschen uns für Diejenigen unter uns, die damals zu Unrecht aus ihrer Lebensbahn geworfen wurden und nun in Altersarmut leben, dass wenigstens sie im Rahmen eines entsprechend gefüllten Fonds noch rechtzeitig entschädigt werden.

Wir Betroffene haben keine Zeit zu verlieren. Wir sind (ebenso wie der selbst ehemals Betroffene Ministerpräsident Winfried Kretschmann) alle mittlerweile alt (+/- 80 Jahre).

Wir bitten Sie und den Landtag, Ihren Einfluss auf Regierung und Ministerpräsident geltend zu machen und uns zu unterstützen.

Besten Dank im Voraus für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. *Christina Lipps*

P.S. Alle Dokumente und Unterlagen in der umfassenden Sammlung auf unserer Homepage www.berufsverbote.de